

<b>Antrag</b>	Datum: 01.06.2017	
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>		
<b>Dr. Steffen Wandschneider (für die SPD-Fraktion) Abschiebungen aus Rostocker Schulen verhindern</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.06.2017	Bürgerschaft	Entscheidung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock fordert die Verwaltung auf, mit der örtlichen Polizei in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziel, dass an Rostocker Schulen keine Polizeimaßnahmen zum Zwecke der Abschiebung von ausländischen Schülerinnen und Schülern stattfinden

Begründung: An mehreren Schulen in Deutschland fanden im Mai 2017 Polizeimaßnahmen statt, bei denen ausländische Schülerinnen und Schüler aus dem Unterricht geholt wurden, um abgeschoben zu werden. Dies hat in vielen Fällen zur Verstörung von Schülerinnen und Schülern, in einzelnen Fällen zu Solidarisierungsaktionen geführt, die mit polizeilichen Zwangsmaßnahmen aufgelöst wurden. Hiermit sind sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer mental überfordert. Deshalb sollten entsprechende Zwangsmaßnahmen an Schulen unterbleiben. Da die Hansestadt Rostock Schulträger der Rostocker Schulen ist, sollte sie durch Verhandlungen mit der Polizei darauf hinwirken, dass entsprechende Maßnahmen an Rostocker Schulen nicht stattfinden

Dr. Steffen Wandschneider  
Fraktionsvorsitzender